

MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

7, 8/2007

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung



Park 7 – Wie weiter?

Das Kultur- und Begegnungszentrum Park 7 gibt es seit fast 10 Jahren. Hier findet seit dieser Zeit eine vielfältige Jugend-, Kultur- und Sozialarbeit statt.

Die strukturierte Anlage des Objektes bietet dafür günstige Voraussetzungen und schafft die Möglichkeit des Zusammenwirkens einer heterogenen Hofgemeinschaft. Regeln oder Leitsätze, wie sie sich der Park 7 gegeben hat, wirken darauf hin, dass diese Gemeinschaft von Jugendlichen trotz ihrer Unterschiedlichkeit bestens funktioniert.

Dieses Konzept droht nun zu zerbrechen, denn Ende Juni hat die FWG den Mietvertrag für das Objekt zum 31. Juli 2007 gekündigt. Ursache dafür sind hohe aufgelaufene Schulden an Betriebskosten. Man muss wissen, dass die Jugendlichen bisher dieses Objekt in völliger Selbstverwaltung bewirtschafteten und dass es einer großen Kraftanstrengung bedarf, die monatlich anfallenden Betriebskosten von ca. 2.100,- Euro aufzubringen. Das Objekt gehört der FWG, und die FWG ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Stadt.

Die Stadt hat das Projekt in den vielen Jahren kaum unterstützt, weder finanziell noch auf irgendeine andere Art und Weise. Jugendkoordination von Seiten der Stadt fand nicht statt, und die meiste Jugendarbeit in dieser Stadt wurde von den Jugendlichen allein gemacht. Das ist positiv, aber ganz ohne Unterstützung geht es auch nicht.

Der Kultur- und Sozialausschuss (KSA) hat am Montag, dem 02.07.07, auf seiner Sondersitzung über Lösungsansätze und mögliche Unterstützung für den Park 7 beraten.

Alternativen außer dem Angebot der FWG, die Jugendlichen sollten doch dieses Objekt für einen Euro kaufen, kamen nicht zur Sprache.

Eine kommunale Lösung (das Objekt in

das Eigentum der Stadt zu überführen) scheint völlig ausgeschlossen, da mit dem Genehmigungsbescheid zum Kommunalhaushalt 2007 der Stadt Auflagen zum Sparen erteilt wurden.

- Wie:
- keine zusätzlichen Verpflichtungen für neue freiwillige Leistungen
 - Optimierung der freiwilligen Jugendarbeit, insbesondere hinsichtlich ihrer finanziellen Auswirkungen

Diese Auflagen waren der Stadt vor der Kündigung des Park 7 bekannt.

Wie sieht nun die Alternative für den Park 7 aus?

Der Kauf des Objektes für einen Euro? Wer glaubt, die Probleme damit zu lösen, der irrt.

Dieses Angebot der FWG blendet völlig aus, dass die schon jetzt bestehenden finanziellen, baulichen und juristischen Probleme damit nur in eine andere Verantwortlichkeit geschoben werden und die Gefahr besteht, dass die jungen Leute mit dieser Verantwortung völlig überfordert werden. ➤ S. 2



Links hat Zukunft

Am 16. Juni um 16:37 Uhr war es so weit, die neue Partei »Die Linke.« trat ins politische Leben Deutschlands.

Fast 800 Delegierte des Gründungsparteitages stimmten einmütig der Vereinigung von WASG und Linkspartei.PDS zu. Mit deutlich über achtzig Prozent der Stimmen wurden Lothar Bisky und Oskar Lafontaine zu gemeinsamen Vorsitzenden gewählt. Schon in den ersten Stunden nach der Gründung traten Hunderte neue Mitglieder in die Partei ein. Innerhalb der ersten Wochen haben über 3000 Frauen und Männer ihren Eintritt in »Die Linke.« erklärt.

In den Medien wurde über das Ereignis ausführlich berichtet. Die Linke wird nun endgültig als gesamtdeutsche politische Alternative akzeptiert.

Neben vielen linken politischen Parteien aus fast allen Kontinenten waren auch eine Reihe bekannter Künstler auf dem Parteitag als Gäste anwesend. Der Liedermacher Konstantin Wecker und der Kabarettist und Boxkommentator Werner Schneider begeisterten die Parteitagsteilnehmer mit ihren Beiträgen. Der Vorsitzende der Europäischen Linken und italienische Parlamentspräsident

Fausto Bertinotti hielt eine Grußansprache. Die Reden von Lafontaine und Bisky waren geprägt vom historischen Augenblick der Vereinigung und von den politischen Möglichkeiten, die sich der neuen Linken jetzt bieten.

Die historische Chance einer erstmals demokratisch geeinten Linken in Deutschland muss nun überall mit Leben erfüllt werden. Die neue Partei wird sich in den nächsten Monaten inhaltlich weiterentwickeln. Unterschiedliche Erfahrungen der Mitglieder in Ost und West werden die inhaltlichen Diskussionen beleben und auch mal Streit hervorrufen. Über allen unterschiedlichen Auffassungen zu Einzelfragen aber steht die Idee einer sozialen demokratisch sozialistischen Entwicklung. Dies ist der Kitt, der uns alle zusammenhalten muss. Der erste ordentliche Parteitag im Jahr 2008 hat dann die Aufgabe, aus den programmatischen Eckpunkten ein neues Parteiprogramm zu entwickeln.

Darüber hinaus gelten die Worte von Gregor Gysi: »Wir haben uns in den letzten zwei Jahren zu 80 Prozent mit uns selbst beschäftigt. Zukünftig müssen wir wieder eine Politik machen, die sich zu 90 Prozent mit den gesellschaftlichen Problemen beschäftigt.« Los geht's!

Ingo Paeschke, Parteitagsteilnehmer

Park 7 – ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Die Stadt stiehlt sich mit diesem Lösungsansatz aus der Verantwortung. Rahmenbedingungen, die einen Kauf durch den Park 7 ermöglichen und die damit die Stadt wieder mit in die Verantwortung nehmen, konnten und wurden nicht vorgestellt. Sie wurden lediglich zugesichert.

Am 12.07.07 werden die Mitglieder des Park 7 entscheiden, ob sie einem Kauf zustimmen. Bis dahin sollen diese Rahmenbedingungen konkret auf den Tisch. Es bleibt abzuwarten, wie diese Bedingungen aussehen. Man kann nur jedem Mitglied des Park 7 raten, sich diese Bedingungen genau anzuschauen, denn wenn diese nicht stimmen, stehen viel größere Probleme an, als sie sich jetzt mit den Betriebskosten darstellen, und diese reichen dann vom baulichen Zustand, über Sicherheitsprobleme und noch mehr aufzubringende finanzielle Mittel bis zu juristischen Fragen.

Eine Empfehlung kann man dafür nicht geben.

Anke Schwarzenberg
Mitglied des
Kultur- und Sozialausschuss

Zwischenspur in Richtung Sozialticket starten

Seit dem 1. Mai dieses Jahres sammeln wir Unterschriften für die landesweite Volksinitiative »Für ein Sozialticket in Brandenburg«.

Als Initiatorin der Aktion sieht sich die Linkspartei.PDS in der Pflicht, möglichst viele der erforderlichen 20 000 Unterschriften zu sammeln und somit der Initiative zum Erfolg zu verhelfen. Gemeinsam mit dem DGB, der ver.di-Gewerkschaft, dem Arbeitslosenverband, der Grünen Liga, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, der Volkssolidarität, der WASG, dem Diakonischen Werk und dem BUND sind wir sicher, dieses Ziel zu erreichen.

Leider ist es gegenwärtig noch sehr schwierig, einen zahlenmäßigen Zwischenstand herauszubekommen – eben wegen der vielen Beteiligten. Also lassen wir in unseren Bemühungen nicht nach. Sicher ist sicher.

Anita Tack, MdL,
verkehrspolitische Sprecherin
der Fraktion Die Linke.

Meine persönliche Meinung

100 Tage Bürgermeister Goldschmidt

Es ist Zeit zu bilanzieren. Was hat sich verändert, was nicht?

Es bleibt festzuhalten, dass sich die Stimmung im Rathaus und in der Stadt verändert hat.

Unser Bürgermeister hat keine Probleme, auf jeden Bürger unserer Stadt zuzugehen. Er spricht mit jedem, hört sich jede Meinung an.

Der erste Bürger unserer Stadt steht am 8. Mai gemeinsam mit uns und anderen an den Gräbern der bei der Befreiung der Stadt Forst gefallen Angehörigen der Roten Armee.

Der erste Bürger unserer Stadt fordert alle Parteien dazu auf, gemeinsam Wege zur Abwehr rechtspopulistischer Aktivitäten zu finden.

Der erste Bürger unserer Stadt erreicht, dass der Name der Stadt Forst in den Ministerien unseres Landes bezüglich der Ansiedlungsfragen von Industrie wieder ins Gespräch kommt.

Der erste Bürger unserer Stadt lässt jedoch auch zu, dass Fragen der Partei DieLinke. zu Industrieansiedlungen und möglichen Alternativen unserer Stadt als Profilierungssucht diffamiert werden.

Der erste Bürger unserer Stadt hat es auch geschafft, gleich seinem Vorgän-

ger, sich sein monatliches Einkommen, rechtlich zwar sauber, aus meiner Sicht aber moralisch fraglich, zu erhöhen. So lässt er sich beispielsweise die Arbeit als Aufsichtsratsvorsitzender zweier städtischer Gesellschaften mit dem möglichen Höchstatz vergüten. Natürlich durch Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung.

Der erste Bürger unserer Stadt reiht sich im Moment in die Riege all der Politiker ein, die nach ihrer Wahl ver-gessen, was sie vor der Wahl versprochen. In allen Wahlkampfveranstaltungen sprach sich Herr Goldschmidt für den Erhalt des Park 7 aus. Jetzt stellt er dessen Existenz in Frage. Dies tut er mit Hinweis auf die finanzielle Situation der Stadt. Dabei verschweigt er gegenüber der Öffentlichkeit, dass er das Problem lange vor seiner Wahl kannte.

Aus meiner Sicht sind die ersten hundert Tage unseres Bürgermeisters zwiespältig zu bewerten.

Es kommt darauf an, ob und wie es gelingt, die positiven Seiten seiner Amtsführung zu forcieren, und ihn stets darauf aufmerksam zu machen, dass er immer erster Bürger unserer Stadt ist.

Wolfgang Witzel

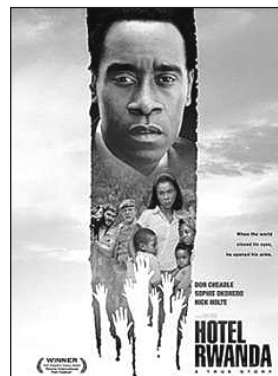
Weltfriedenstag 2007

Am Sonnabend, dem 1. September, findet um 14 Uhr im Kino-Café »RedStar«, Kleine Franfurter Straße, unsere diesjährige Veranstaltung zum Weltfriedenstag statt.

Der Film
»Hotel Ruanda«

zeigt anschaulich am Beispiel des UN-Einsatzes die oftmalige Sinnlosigkeit von solch bewaffneten Aktionen.

Im Anschluss an die Vorführung findet eine Podiumsdiskussion zu Bundeswehrein-sätzen im Ausland statt.



Informationsveranstaltung zu Hartz IV

Am Montag, dem 3. September 2007, findet um 16:00 Uhr im ZAK e.V. Forst eine Informationsveranstaltung statt zum Thema

Hartz IV – wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt

Rechtsanwalt Michael Elte aus Elsterwerda informiert über Änderungen und aktuelle Rechtssprechungen zum SGB II. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, ihre Fragen zu stellen oder Probleme vorzutragen. Bei speziellen Fragen bringen Sie bitte die entsprechenden Unterlagen mit. So sich der Bedarf abzeichnet, werden wir einen gesonderten Termin für individuelle Beratungsgespräche am 17. September vorbereiten.

Dr. Edeltraud Radochla, DIE LINKE.Fraktion im Kreistag Spree-Neiße

Mindestlohn? Viel Lärm um nichts!

Der Druck, der insbesondere von der Linken und den Gewerkschaften kam, war groß: Stundenlang hatte der Koalitionsausschuss nächtens über den Mindestlohn gerungen. Hinterher redeten Merkel, Müntefering & Co. auf allen Kanälen darüber – mit Shakespeare kann ich dazu nur feststellen: »Viel Lärm um nichts«.

Tatsächlich sind die Ergebnisse aus der Sicht der Beschäftigten mehr als dürftig. Mit Hilfe des Entsendegesetzes soll nur in den Branchen irgendwann ein Mindestlohn gelten, in denen mindestens 50 Prozent der Beschäftigten tarifgebunden sind. Bleibt es dabei, wird voraussichtlich gerade einmal der Bereich Postdienste eine allgemeingültige Lohnuntergrenze bekommen. Vor allem in den neuen Ländern ist das 50-Prozent-Kriterium schlichtweg unerfüllbar. Dort befinden sich in einzelnen Regionen ganze Wirtschaftszweige in einem tariflosen Zustand. Dazu gehören das Bewachungsgewerbe, der Brennstoffhandel, das Bäcker- und Konditoren-, das Elektro-, Friseur-, Fleischer-, Glas- und Metallhandwerk, die Bekleidungsindustrie, die Floristik, der Gartenbau, Hotels und Gaststätten, Ofen- und Hei-

zungsbauer, Parkett- und Bodenleger, das private Bus- und Verkehrsgewerbe sowie das Tankstellen- und Garagen-gewerbe.

Insgesamt arbeiteten nach neuesten Zahlen in Ostdeutschland 2006 nur noch 41 Prozent der Beschäftigten nach einem Branchen- oder Firmentarif, im Westen sind es 57 Prozent. Noch schlechter sieht es aus, bezieht man sich auf die Unternehmen selbst: Dann war 2006 in den neuen Ländern nur noch jeder dritte Betrieb tarifgebunden, in den alten ist es auch nur noch jeder zweite. Realität dabei: Selbst wenn ein Tarif gilt, gehen die Beschäftigten oftmals mit weit weniger als einem Mindestlohn von 7,50 oder 8,00 Euro pro Stunde nach Hause.

Die schlechte Tarifbindung allein bremst den Mindestlohn per Entsendegesetz schon kräftig aus. Zudem müssen sich ja die Tarifpartner, insbesondere die Arbeitgeber, erst einmal auf einen Mindestlohn einlassen. Das ist bisher kaum geschehen. Warum sollte es künftig anders sein? Wer auf das Entsendegesetz hofft, schiebt den gesetzlichen Mindestlohn auf die lange Bank.

Die SPD schaffte es nicht einmal, der Union die Zustimmung zur Ächtung sit-

tenwidriger Löhne abzurufen. Hier hatte die Union zuvor ein Entgegenkommen angedeutet. Nun führt sie ihren Koalitionspartner am Nasenring durch die politische Arena. Das ist ein deutliches Zeichen für die Schwäche der SPD. Die ist selbst verschuldet. Denn wer im Bundestag der eigenen Unterschriftenaktion für einen gesetzlichen Mindestlohn, die bekanntlich als Antrag der Linksfraktion auf den Tisch kam, die Zustimmung verweigert, braucht sich nicht zu wundern, wenn er hinterher von der Union über denselben gezogen wird.

Die Erwartungen vieler Bürgerinnen und Bürger sind von den Sozialdemokraten erneut enttäuscht worden. Offenbar will die SPD den Mindestlohn nun zum Wahlkampfthema für 2009 machen. Solange können die Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die »für 'n Appel und 'n Ei« arbeiten müssen, nicht warten. DIE LINKE. im Bundestag wird nicht locker lassen. An einem gesetzlich garantierten flächendeckenden Mindestlohn führt für uns kein Weg vorbei.

*Dr. Dagmar Enkelmann,
Bundestagsabgeordnete (DIE LINKE.)*

Supergau für Geheimdienste



Zu den vernichteten Geheimberichten über Auslandseinsätze der Bundeswehr erklärt Wolfgang Neskovic, rechtspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE:

Das Einmaleins eines Geheimdienstes ist die Sicherung der Nachricht. Dass es bei einem Datentransfer nicht möglich gewesen sein soll, die Quelldaten vor einer Beschädigung oder Löschung zu schützen, ist unglaublich und widerspricht jeder Erfahrung. Entweder handelt es sich hier um eine bodenlose Schlampe von Seiten des Zentrums für Nachrichtenwesen der Bundeswehr oder es wurde mit politischem Vorsatz gehandelt.

Zur Klärung dieser Frage ist es unabwiesbar, dass der Verteidigungsausschuss seinen Untersuchungsauftrag auf diesen Gegenstand ausweitet. Ein solcher Vorgang muss personelle und sachliche Konsequenzen nach sich ziehen. Denn in die Zeitspanne 1999 bis 2003 gehören neben dem aktuellen Kurnaz-Fall auch die nach wie vor umstrittenen Bundeswehreinheiten im ehemaligen Jugoslawien.

Tornadoeinsatz beim G 8-Gipfel verstößt gegen das Grundgesetz

Der Einsatz von Tornado-Aufklärungsflugzeugen sowie Panzerspähwagen rund um den G 8-Gipfel war grob verfassungswidrig.

Nach dem Grundgesetz ist ein Einsatz des Bundes im Inneren nur unter sehr engen Voraussetzungen zulässig. Denn Streitkräfte dürfen laut Art. 87 a Abs. 2 GG außer zur Verteidigung nur eingesetzt werden, soweit das Grundgesetz es ausdrücklich zulässt.

Nach Art. 35 Abs. 2 Satz 2 GG können auf Anforderung eines Landes Streitkräfte »zur Hilfe« eingesetzt werden. Diese dürfen allerdings nur Waffen verwenden, die das Recht des betreffenden Landes für seine Polizeikräfte vorsieht. Militärische Kampfmittel sind unzulässig. Rund um den G 8-Gipfel kamen aber Tornados und Panzerspähwagen der Bundeswehr zum Einsatz. Bei Kampfflugzeugen handelt es sich um eine spezifisch militärische Technik, die nicht mit Polizeihubschraubern zu vergleichen ist. Dies gilt auch, wenn sie nicht mit Waffen, sondern, wie im vorliegenden Fall, mit Aufklärungskameras bestückt sind. Denn auch dann handelt es sich nicht um ein polizeiliches Einsatzinstrumentarium. Ein Kampfjet ist ebenso wenig ein Polizeihubschrauber, wie ein Panzerspähwagen eine grüne Minna ist.

Bei dieser eindeutigen Verfassungslage kann der vorgenommene Einsatz der Bundeswehr nur als eine dreiste verfassungswidrige Provokation angesehen werden. Die politische Zielrichtung liegt auf der Hand: Die Militarisierung der Gesellschaft soll bald nicht mehr als Skandal wahrgenommen werden, sondern alltäglich sein. So könnte zukünftigen, durch die Demontage des Sozialstaates, aufflammenden sozialen Unruhen notfalls auch mit militärischen Mitteln begegnet werden.

*Wolfgang Neskovic,
rechtspolitischer Sprecher
der Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag und Abgeordneter
im Wahlkreis Cottbus/Spree-Neiße*

Nach dem Gipfel

wird die Forderung nach Rücktritt Schäubles immer lauter. Als Bundesinnenminister, so seine Kritiker, trage Schäuble gleichzeitig die Verantwortung für die Freiheit und die Sicherheit der Bürger. Damit befände er sich in einem unlösbaren Interessenskonflikt. **WM**

Aus dem Eulenspiegel 7/07

Petra Paus Newsletter

DDR-Personenkennzahl feiert Urständ Ab Juli wird jede Bürgerin und jeder Bürger eine Identifikations-Nummer erhalten.

Vorgeblich soll mit dieser Identifikations-Nummer Steuer-Betrug erschwert werden. Tatsächlich ist sie ein weiterer Schritt in Richtung gläserne Bürger. Nummeriert und erfasst, abgeglichen und sondiert, das alles erinnert an die Personenkennzahlen aus DDR-Zeiten.

Sie wurden vor 17 Jahren aus Bürgerrechtsgründen abgeschafft. Nun feiert sie aus Sicherheitsgründen Urständ. Ganz banal und brandgefährlich.

Unbestechliche Prüfung, zum Beispiel durch den CCC

Geheime Bundeswehr-Daten sind geheimnisvoll verschwunden.

Informatik-Experten nähren den Verdacht, dass die verschwundenen Daten der Bundeswehr nicht technisch entflocht sind, sondern politisch entsorgt wurden. Sie betrafen

Auslandseinsätze der Bundeswehr zwischen 1999 und 2003, also vom Balkan bis Afghanistan, in der Ära von Rot-Grün. Sie hätten zur Aufklärung beitragen können. Nun wurden sie als »vermisst« gemeldet. Die Bundesregierung kann Zweifel an der vermeintlichen Panne nur noch durch eine externe Prüfung zerstreuen. Durch Fachleute, die kompetent, vertrauensvoll und unbestechlich sind, etwa vom Chaos-Computer-Club (CCC).

Nicht »dumm gelaufen«, sondern eine Provokation des Parlaments

Der Verlust geheimer Daten über Auslandseinsätze der Bundeswehr sei bedauerlich, heißt es aus Regierungskreisen, sei aber für den

1. Untersuchungsausschuss nicht von Belang.

Das ist eine kühne Schutzbehauptung. Bisher wurde der sogenannte BND-Untersuchungsausschuss immer mit der Vorseife abgespeist, während das Hauptmahl unter Verschluss blieb. Nun ist der Hauptgang plötzlich völlig verschwunden. »Dumm gelaufen«, meint die Bundesregierung. Eine Provokation des Parlaments, sage ich.

(Petra Paus ist stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag und Mitglied des Innenausschusses)

PINNWAND

Termine

- Di., 17.07., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
Die Linke.PDS-Ortsvorstandssitzung
- Di., 21.08., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
Die Linke.PDS-Ortsvorstandssitzung
- Mo., 27.08., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
AG »Malxe-Blatt«
- Di., 28.08., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
Sitzung der Fraktion Die Linke.PDS der SVV Forst
- Di., 18.09., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
Sitzung der Fraktion Die Linke.PDS der SVV Forst

Geruchsprobe

Hunde können hundertmal besser riechen als Schnüffler. Gegen Wirtschaftskriminelle wiederum helfen Geruchsproben überhaupt nicht. Denn Geld stinkt nicht.

Wolfgang Mocker

Unsichtbare Waffen

Bush will die USA mit einem in Europa stationierten Raketenabwehrschild vor einem Angriff Irans schützen. Das System wird aber nichts nützen, wenn der Iran über genauso leistungsstarke Waffen verfügt wie seinerzeit der Irak.

GF

Geburtstage

- 20.07.: 84 Jahre, Gen. Emil Risch in Döbern
24.07.: 90 Jahre, Genn. Elfriede Bonkatz
25.07.: 83 Jahre, Gen. Gerhard Matusch in Döbern
25.07.: 82 Jahre, Genn. Cäcilie Kleiber in Döbern
27.07.: 80 Jahre, Genn. Jutta Schmidt
27.07.: 66 Jahre, Gen. Günter Schmotz
27.07.: 67 Jahre, Gen. Wolfgang Spaarschuh in Dubrau
31.07.: 60 Jahre, Gen. Reinhard Albinus
09.08.: 75 Jahre, Genn. Edith Witzel
10.08.: 69 Jahre, Gen. Gerhard Böcking
13.08.: 66 Jahre, Genn. Brigitte Schröder
14.08.: 68 Jahre, Genn. Elvira Kramer in Groß Kölzig
27.08.: 79 Jahre, Gen. Rolaf Schahn
28.08.: 88 Jahre, Gen. Walter John
29.08.: 83 Jahre, Genn. Hildegard Jentsch
29.08.: 78 Jahre, Gen. Martin Noack
09.09.: 88 Jahre, Genn. Dora Poschau

*Herzlichen Glückwunsch
den Jubilaren!*

Wahr und unwahr

Wahr ist, dass es seit neuestem Internetseiten gibt, auf denen die Benutzer professionelles Material zum erfolgreichen Betrügen finden.

Unwahr ist, dass es sich dabei um Beratungsseiten für deutsche Aufsichtsratsvorsitzende handelt.

Utz Bamberg

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst *DIE LINKE*.
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst *DIE LINKE*.
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Cottbuser Straße 54, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07

oder im

Internet: spree-neisse.dielinke-brandenburg.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 601 900 059, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

E-Mail: forst@dielinke-spree-neisse.de

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.